Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 482. Donnerstag, 13. Oktober 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2,50 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

In Erwartung der Entscheidung.

Der unveränderte Standpunkt des Reichskabinetts.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 12. Okt. Die Beratungen im Reichskabinett über Oberschlesien haben den ganzen gestrigen Tag angedauert. Wie wir zuverlässig erfahren, stellt sich das Reichskabinett Wirth auf den Standpunkt, daß es eine Entscheidung über Oberschlesien, die nicht nach dem Versailler Vertrag das Resultat der Volksabstimmung zum Ausdruck bringt und die nicht nach dem Versailler Vertrag eine endgültige Regelung bringt, nicht anerkannt wird. Weder gestern noch im Laufe der Nacht ist eine Mitteilung aus Genf an Berliner amtlicher Stelle eingegangen.

Berlin, 12. Oktober. Auch im Laufe des heutigen Vormittags ist eine Mitteilung aus Genf an Berliner amtlicher Stelle noch nicht eingetroffen. Die heutige Kabinettssitzung begann schon um ½9 Uhr vormittags. Die Reichsregierung hofft, daß im Laufe des vormittags noch Meldungen aus Genf in Berlin eintreffen werden und daß eine Entscheidung in Genf spätestens morgen fällt. Sollte diese Voraussetzung eintreten, so soll die für gestern abgesagte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, die sich ebenfalls mit dem oberschlesischen Problem befassen soll, Freitag mittag stattfinden. Der Kanzler wird sich dann ferner vor weiteren Entschließungen mit den Parteiführern am Freitag beraten.

Berlin, 12. Okt. An hiesiger amtlicher Stelle werden die Nachrichten über die Unstimmigkeiten im Reichskabinett für unbegründet erklärt, und in der Meldung des „Petit Parisien", die sich auch in verschiedenen deutschen Blättern befindet, wonach die Sozialdemokraten es durchgesetzt hätten, daß das Kabinett Wirth im Amte bleiben könne, wird ein Versuchsballon gesehen.

Anderseits berichtet die „B. Z.": Die von einem Teil der Minister vertretene Ansicht, daß man, noch bevor eine offizielle Nachricht über die Genfer Entscheidung vorliegt, einen Rücktrittsbeschluß für den Fall der Teilung des oberschlesischen Industriegebietes fassen wolle, sei nicht durchgedrungen. Von seiten der Sozialdemokraten werde ebenso wie von Kreisen, die dem Reichskanzler nahe stehen, vor „Ueberstürzung" gewarnt.

Zur Kennzeichnung der Lage.

Berlin, 12. Oktober. Der „Berliner Lok.-Anz." kennzeichnet die Situation mit folgenden Stichworten: Regierungskrise wegen Oberschlesien, die Kredithilfe gefährdet, abwartende Haltung der deutschen Wirtschaftskreise, heute nochmalige Sitzung des Reichskabinetts, der Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses vertagt.

Während in politischen Kreisen verlautet, daß das Reichskabinett fest entschlossen sei, zurückzutreten, wenn die Entscheidung über Oberschlesien so ausfalle, wie es im Augenblick den Anschein hat, erklärt die „Voss. Ztg.", es sei unter den gegebenen Umständen die politische Pflicht des Reichskanzlers, selbst im Falle einer ungünstigen Entscheidung des Völkerbundes auf keinen Fall seine Demission zu geben, ohne das Parlament befragt zu haben. Mit dem Rücktritt des Kabinetts Wirth würde jede Hoffnung geschwunden sein, jene vergrößerte Koalition geschaffen, ohne daß einzig und allein eine Beruhigung der politischen Verhältnisse auf lange Sicht erwartet werden dürfe.

Berlin, 12. Okt. Die Beratungen über die Kabinettsbildung von Partei zu Partei ruhen seit einigen Tagen. Auch die Reichsregierung will erst die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien abwarten, bevor sie die Verbreiterung der Regierungsbasis durchführt. Diese Entscheidung wird in Berlin bestimmt für spätestens Donnerstag oder Freitag dieser Woche erwartet.

Wie der „Berliner Lok.-Anz." von bestunterrichteter Seite erfährt, sind Industrie, Landwirtschaft und Handel fest entschlossen, angesichts der durch die Tagung des Völkerbundsrats geschaffenen auswärtigen Lage die größte Zurückhaltung zu bewahren. Das Kreditabkommen dürfte nur herausgebracht werden, wenn wir Oberschlesien behalten, denn die Industrie und mit ihr Handel und Landwirtschaft dächten nicht daran, Leistungen zu übernehmen, von denen sie vorher wüßten, daß sie nicht erfüllt werden könnten.

Berlin, 12. Oktober. Wie die Morgenblätter mitteilen, weilten gestern abend einige Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie beim Reichskanzler, um sich mit ihm über die Kreditaktion zu unterhalten. Auch die oberschlesische Frage sei im Zusammenhange damit besprochen worden. Industrie, Handel und Landwirtschaft seien fest entschlossen, angesichts der Nachrichten über die Beschlüsse des Völkerbundsrates die größte Zurückhaltung zu üben. Nach etwaigem Verlust von Oberschlesien oder nach der Teilung des Industriegebietes werde die deutsche Volkswirtschaft nach Meinung maßgebender Industriekreise nicht die Kraft besitzen, Leistungen zu vollbringen, wie sie mit den Beschlüssen des Kreditabkommens verbunden sein würden. Das Abkommen dürfte also nur erfüllt werden, wenn Deutschland Oberschlesien behalte. Denn die Industrie und mit ihr Handel und Landwirtschaft dächten nicht daran, Leistungen zu übernehmen, von denen sie von vornherein wissen, daß sie nicht erfüllt werden können. Außerdem verlautet, daß die ausländischen Finanzkreise, die an die deutsche Wirtschaft mit Anleiheangeboten herangetreten waren, entschlossen sind, ihre Angebote zurückzuziehen, wenn Deutschland wichtige Teile Oberschlesiens verlieren sollte.

Vertagung des preußischen Landtags.

Berlin, 12. Okt. Der preußische Landtag hat mit Rücksicht auf Oberschlesien seine heutige Sitzung auf morgen vertagt. Das Haus war stark besetzt. Den Vertagungsantrag stellte der Zentrumsabgeordnete **Herold,** der ihn mit Rücksicht auf die äußerst schwerwiegenden Entscheidungen, die für Deutschlands Zukunft von unabsehbarer Tragweite seien, begründete. Die Begründung fand lebhaften Beifall bei den bürgerlichen Parteien. Abg. **Braun** (Soz.) erklärte demgegenüber, daß seine Freunde, obgleich sie die Schwere der Lage nicht verkennen, nicht zustimmen könnten. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den bürgerlichen Parteien.) Abgg. **Leid** (Unabh.) und **König**-Weißenfels (Komm.) schlossen sich Braun an. Die Abstimmung über den Antrag auf Vertagung ergab die Annahme mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien. Die Verkündung des Resultats des Abstimmungsergebnisses wurde bei den Bürgerlichen mit lebhaftem Beifall und von der Sozialdemokratie mit lärmenden Kundgebungen aufgenommen.

Die Proteste der deutschen Botschafter.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 12. Okt. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Sthamer, und der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, entledigten sich gestern ihrer Aufgaben auf dem Quai d'Orsay bezw. im Foreign Office und legten Protest gegen eine Aufteilung des oberschlesischen Industriegebietes ein. Dem „Echo de Paris" zufolge führte Dr. Mayer aus, daß der Versailler Friedensvertrag die Teilung des oberschlesischen Gebiets nicht gestatte. Wenn aber dem Rechte Deutschlands Gewalt angetan werden sollte, könne das Kabinett Wirth nicht weiter in seiner versöhnlichen Haltung beharren und das Abkommen von Wiesbaden, die Abrüstung usw. würden hinfällig werden. Dr. Mayer habe auch von der Möglichkeit einer Demission des Kanzlers gesprochen. Ueber die Besprechungen des deutschen Botschafters in London, Dr. Sthamer, mit Lord Curzon erfährt der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien", daß der deutsche Botschafter auf die Gefahr hingewiesen habe, die die Regierung Wirth laufe, wenn den gerechten Ansprüchen Deutschlands auf Oberschlesien nicht Genugtuung widerfähre. Dem „Petit Parisien" zufolge hätte Lord Curzon die Unterredung kurz abgebrochen und dem deutschen Botschafter ohne Zweideutigkeit erklärt, daß die englische Regierung geduldig die Entscheidung des Völkerbundsrates erwarte und in dieser Angelegenheit nur eine Aufgabe kenne, nämlich die vollkommene Durchführung der Entscheidung in Gemeinschaft mit den Alliierten.

Rotterdam, 12. Oktober. Laut dem „Courant" meldet Reuter gestern abend: Der Besuch des deutschen Botschafters bei Lloyd George dauerte drei Stunden. Unmittelbar nach der Besprechung berief Lloyd George die in London aufhältlichen Mitglieder des englischen Kabinetts zu sich.

Die „Times" meldet: Die hochpolitische Bedeutung des deutschen Schrittes bei Lloyd George wird durch seine Folgen bewiesen. Der Besprechung folgte eine einstündige Kabinettssitzung und im Anschluß hierauf sind wichtige Instruktionen an die beiden englischen Delegierten in Genf ergangen.

Aus den Sitzungen des Völkerbundsrates.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Basel, 12. Oktober. Ueber die gestrige Sitzung des Völkerbundsrates meldet der „Baseler Anz.": Die Erörterung der oberschlesischen Frage hat in der gestrigen Sitzung sich auf ein allgemeines Resumé des Vorsitzenden Grafen Ishii beschränkt. Die ganze Sitzung dauerte glatt eine Stunde von 7 bis 8 Uhr. Von den Delegierten hat noch niemand gesprochen. Die Einzelbesprechungen der Delegierten beginnen Mittwoch mittag und können möglicherweise schon an diesem Tage beendet werden.

Berlin, 12. Okt. Der Völkerbundsrat befaßt sich, wie wir auf Grund unbedingt zuverlässiger Nachrichten sagen können, heute mit folgenden Spezialfragen: 1. Wie soll das Währungsproblem in dem autonomisierten Mittelgebiete reguliert werden? 2. Polen soll die Eisenbahnverwaltung übertragen werden. 3. Die militärische Besatzung in den Mittelbezirken soll ganz erheblich verstärkt werden, und die Verstärkung soll Polen zur Last fallen. Die oberste Instanz in dem autonomisierten Mittelbezirke wird ein internationaler Ausschuß sein, der unter Völkerbundskontrolle gestellt werden wird. Es sind noch Verhandlungen mit bestimmten Instanzen im Gange, um für die deutsche Arbeiterschaft in dem autonomisierten und in dem Polen zugewiesenen Gebiete sogenannte Sicherheiten in sozialpolitischer Hinsicht zu schaffen.

Zürich, 12. Oktober. Der „Tagesanzeiger" meldet aus Genf: Graf Ishii hat seine Abreise aus Genf auf Sonnabend den 15. Oktober festgesetzt. Die Schlußsitzung des Rates findet Donnerstag oder Freitag statt.

Noch keine endgültige Entscheidung.

Basel, 12. Oktober. Die schweizerische Depeschenagentur meldet gestern abend aus Genf: Graf Ishii ermächtigte uns zu der Erklärung, daß die Meldungen ausländischer Korrespondenten aus Genf nicht von Mitgliedern des Völkerbundsrats veranlaßt worden sind. Sie haben deshalb keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit. Eine Entscheidung des Völkerbundsrats ist noch nicht gefallen. Die entscheidende Besprechung im Völkerbundsrat ist erst für Mittwoch mittag 12 Uhr angesetzt.

Paris, 12. Okt. Der brasilianische Vertreter beim Völkerbund Da Kunha, der gleichzeitig Mitglied der Viererkommission ist, erklärte dem Genfer Berichterstatter des „Matin": In dem Wunsche, zu einem Beschluß zu kommen, hat die Konferenz am Montag vier Sitzungen abgehalten, von denen die letzte sich bis nach Mitternacht hinzog. Darauf trat der Völkerbundsrat zu geheimen Sitzungen zusammen. Im Kleinen Hause in der Avenue Maurice Monnier hat der Rat des Völkerbundes den Teilungsplan über Oberschlesien einstimmig gebilligt.

Berlin, 12. Okt (Eig. Information der „Dr. N.") Die Havasmeldung, wonach mit der Veröffentlichung der Entscheidung bereits im Laufe des morgigen Tages zu rechnen wäre, scheint verfrüht zu sein, wenigstens ließen die letzten der Regierung zugegangenen Nachrichten vermuten, daß die Bekanntgabe des Vierer-Ausschusses noch einige Tage auf sich warten lassen wird.

Dr. Helfferich über die politische Lage.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Frankfurt a. M., 12. Oktober. Auf dem gestrigen Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei erschien unerwartet Exzellenz Helfferich. Er schilderte die Taktik des Reichstages in der Verzögerung der Steuervorlagen. Ob der 2. November, der Tag des Zusammentritts des Reichstages, den Steuerkomplex bringen werde, sei fraglich. Man habe den Eindruck, daß die Tätigkeit der Regierung nur in der Ausschaltung des Parlaments zu bestehen scheine. Die jetzige Regierung fürchte sich vor dem Reichstag, dieser aber vor sich selbst. Der Redner wies sodann nach, daß die Nachricht, auch am 15. November könne die zweite Milliardenrate bezahlt werden, trügerisch sei. Die Kenner der Verhältnisse ließen sich durch alle Regierungserklärungen nichts mehr vormachen. Die falschen Nachrichten der Regierung haben die Valutaspekulation am meisten gefördert. Der schlechte Valutastand sei durch das Ultimatum verursacht, auch dadurch, daß wir mehr importierten als ausführten. Unsere unsicheren Goldverpflichtungen beruhen lediglich auf dem Ultimatum. Wie sollen im Januar 1922 weitere 500 Millionen Goldmark bezahlt werden? Das Ultimatum wird aber noch durch andere Schritte der Regierung übertrumpft, nämlich durch die Absicht, das Privatvermögen dem Feinde auszuliefern. Die Erschütterung, die die Zerstörung des deutschen Privatvermögens mit sich bringt, wirft uns rettungslos in den Abgrund. Der andere Punkt, auf dem man etwas zu finden hoffte, ist das Wiesbadener Abkommen. Versuche einer Verständigung mit Frankreich seien zu begrüßen. Was aber Deutschland an Wiederaufbauarbeit während des Krieges in Ostpreußen geleistet habe, das bringe Frankreich im eigenen Lande nicht fertig, weil es ihm dazu an Organisationstalent fehle. Uns bringe ein Abkommen, wie das Wiesbadener, heute in den Abgrund. Das Abkommen bedeutet Erhöhung unserer Verpflichtungen an Frankreich um 65 Prozent. Was wir aber liefern, ist toter Export. Das Abkommen bedeutet eine weitere Erschwerung des Ultimatums um Jahre und senkt die Valuta und belastet das Reich um weitere ungezählte Milliarden Goldes. Das Abkommen verträgt keine Kritik, sondern es ist unter aller Kritik. Die deutsche Regierung legt damit den Leichnam des deutschen Volkes auf den Tisch der Entente.

Nichts ist in Erfüllung gegangen.

Herr Wirth hat nur mit „Entspannungen" gearbeitet. Statt der Sanktionen haben wir eine Kontrollkommission. Wie steht es um Oberschlesien aus? Jetzt ist Herr Wirth, der einst so große Optimist, auch sehr besorgt. Die Engländer können das Wiesbadener Abkommen nicht mit guten Augen ansehen. Wir stehen vor dem Bankrott. In Deutschland konnte kein vernünftiger Mensch über die französische Politik im Zweifel sein. Haben die Herren der Regierung etwa auf französische Dankbarkeit gerechnet? Die Regierung ist innerlich erledigt. Das einzig vernünftige wäre, sie machte anderen, ernsteren Männern Platz. Die Regierung hat bei Erzbergers Tod nach einem Strohhalm gegriffen, um sich daran zu klammern. Wenn Scheidemann sagt, er, Helfferich, sei an dem Tode Erzbergers Schuld und habe ihn sogar gemeuchelt, so weise er das mit Entrüstung zurück. Unter den Nächstbeteiligten sei niemand schwerer betroffen worden durch den Tod Erzbergers als er selbst. Er habe ihn als politischen Gegner bekämpft, er habe in der Reichskanzlei eine Fülle schwersten Materials gegen Erzberger vorgelegt, als er Finanzminister war. Aber nichts sei geschehen. Den Kampf gegen Erzberger habe er mit offenem Visier gekämpft und er denke, mit einigem Erfolg. Statt Oel in die erregten Wogen zu gießen, hat Wirth Oel ins Feuer gegossen, um die Einheitsfront zu stören. Christliche Liebe ist mit seiner Handlungsweise nicht vereinbar. Ein solcher Mann könne dem Volke nur den Dienst erweisen, den Kanzlerstuhl so schnell wie möglich zu verlassen. Ueber die Koalition meinte Helfferich, daß es jetzt kein Vergnügen sei, Politik zu treiben. Persönliche Aspirationen hätten in solcher Zeit zurückzutreten, auch Parteiaspirationen. Nach dem Tode Erzbergers sei so etwas wie Panikstimmung bei der Deutschen Volkspartei gewesen. Auch durch das Getöse der Roten ließen sich die Deutschnationalen nicht irre machen. Sie hielten die Ideale hoch und erkennten die Verfassung an, behielten sich dabei aber das Recht vor, auf dem rechten Wege eine Verfassungsänderung anzustreben.

Unser Ziel ist und bleibt die Monarchie.

Monarchie bedeutet nicht Ausschaltung des deutschen Volkes. Wir wollen ein Volkskaisertum mit dem Volke, aber nicht gegen das Volk. Das solle nicht von heute auf morgen geschehen. Das Volk müsse aus dem Netzwerk des Versailler Vertrages heraus, der uns mit jedem Schritt dem Abgrund näher bringt. Die Welt müsse erkennen, daß sie in die Brüche geht, wenn der Vertrag aufrecht erhalten bleibt. Wer die Einigkeit des deutschen Volkes wolle, der habe die Hand der Deutschnationalen Volkspartei.

Die französische Presse über das Kabinett Wirth.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 12. Okt. Die französische Morgenpresse mißt der Erregung in Deutschland wegen der bevorstehenden Entscheidung des Völkerbundsrates wenig Bedeutung bei, d. h. sie versucht sie abzuschwächen, wenn nicht gar zu leugnen. Man gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß Deutschland mit der künstlich aufgepeitschten Erregung nichts anderes bezwecke, als noch im letzten Augenblick auf die Genfer Delegierten und die Alliierten Eindruck zu machen. Man erklärt übereinstimmend, daß diese Erpressungsversuche Deutschlands keinerlei Erfolg haben werden. Die Entscheidung des Völkerbundsrates müsse unbedingt durchgeführt werden. Aus London lassen sich die Zeitungen melden, daß man auch dort entschlossen sei, den Beschluß des Völkerbundsrates zu respektieren. Aber eine gewisse im „Daily Chronicle" von dessen diplomatischem Korrespondenten erschienene Notiz muß doch den Anschein erwecken, als ob England von der Entscheidung des Völker-

SLUB
Wir führen Wissen.